



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

188 (30.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191113](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191113)

Mannheimer General-Anzeiger

Einzelverkauf: In Mannheim u. Umgebung monatl. 1,20 M. für den Rest des Monats 1,00 M. ...

Badische Neueste Nachrichten

Wagenpreise: Bei jederzeitigen Schwankungen ...

Ausprache zwischen Deutschland und Frankreich.

Berlin, 29. April. (WB.) Die Reichsregierung regte in Paris anlässlich der demnächstigen Besprechungen über Ein- und Ausfuhrverträge an, noch eine allgemeine Ausprache über die deutsch-französischen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen hervorragenden beiderseitigen Sachverständigen stattfinden zu lassen.

Berlin, 30. April. (Pr.-Tel.) Der Berliner Lokalanzeiger will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Frankreich vor einer ersten ökonomischen Krise stehe, weil Amerika sich weigere, Handel mit Frankreich zu treiben, bevor nicht Frankfurt a. M. wieder von den Franzosen geräumt sei.

Paris, 29. April. (WB.) In der heutigen Sitzung des Senats gab Ministerpräsident Millerand über die Verhandlungen von San Remo diese Erklärung ab, die er gestern in der Kammer abgegeben hatte. Er fügte hinzu: Seit der gestrigen Sitzung der Kammer hat sich etwas Neues ereignet. Heute vormittag hat mich am Quai d'Orsay der Vorsitzende der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz, Ministerialdirektor Göppert, aufgesucht, um mir zu erklären, daß die deutsche Regierung der französischen Regierung einen Meinungsaustausch unter einigen deutschen und französischen Delegierten, die Sachverständige des wirtschaftlichen Lebens sein sollen, vorschlägt, die alle Fragen besprechen sollen, die den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern betreffen.

Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Der Oberkommissar von Danzig, Sir Reginald Döwer, erstattete in der Sitzung Bericht.

Die Konferenz in Spa.

Berlin, 30. April. (Von einem Berliner Büro.) Wie eine hiesige Korrespondenz behauptet, wird am 25. Mai Herr Hermann Müller, der Reichsstatler, in Spa zunächst mit den drei Ministerpräsidenten der Alliierten, Lloyd George, Millerand und Nitti konferieren. Man wird zuerst die zur Verhandlung stehenden Fragen in großen Umrissen festlegen, und dann werden die Ressortminister und die gleichfalls anwesenden Kommissionen die Details dieser Fragen bearbeiten. Es verlautet aber bereits, daß in Spa lediglich die großen Gesichtspunkte beraten werden sollen, während man Einzelberatungen auf eine spätere Zeit zu verschieben gedenkt.

Die Wegnahme unserer letzten Schiffe.

Die Wiedergutmachungskommission erstellte auf die am 14. April an sie gerichtete Note der deutschen Regierung folgende Antwort: Wir haben die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 14. April zu bestätigen, worin Sie mitteilen, daß die deutsche Regierung einen weiteren Antrag bei der Wiedergutmachungskommission dahin zu stellen beabsichtigt, daß das Verfügungsrecht über eine gewisse Anzahl von Schiffen, die nach den Wiedergutmachungsabmachungen des Friedensvertrages abzuliefern sind, Deutschland belassen bleibt. Folglich wird weiteres Material zur Begründung der Forderung in Aussicht gestellt.

Wir müssen betonen, daß, obwohl jetzt über drei Monate seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages verlossen sind, noch nicht ein Fahrzeug während dieser Zeit von der deutschen Regierung abgemietet wurde, und Ihnen mitteilen, daß es der Reparationskommission nicht möglich ist, irgendwelche weiteren Anträge in Erwägung zu ziehen, bis eine zufriedenstellende Menge Tonnage tatsächlich abgemietet worden ist. Wir müssen ebenso daran erinnern, daß, wie in dem Schreiben der Kommission vom 19. Januar bereits erwähnt wurde, von dem Zeitpunkt ab, wo die Schiffe nach dem Friedensvertrag hätten abgeliefert sein müssen bis zu dem Tage der tatsächlichen Abgabe von der deutschen Regierung keine zu zahlen sein wird.

Hieraus erwiderte die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note vom 21. April zu bestätigen. Sie legt Wert darauf, noch einmal darauf hinzuweisen, daß deutscherseits sofort alle Vorbereitungen mit größtem Nachdruck getroffen wurden, um die Ablieferung der Schiffe zu erleichtern, und in London übernommenen Verpflichtungen zu beugen, daß aber die Ueberführung der abzuliefernden Schiffe nach Firth of Forth auf die allernächsten Schwierigkeiten stößt. Die deutsche Schiffsablieferung betonte bereits in London dem Maritimen Komitee gegenüber, daß die Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie übernehmen mußte, praktisch nahezu unmöglich und Bemahnung der Schiffe schwer lösbar sei. Auch die deutsche Schiffsablieferung betonte bereits in London dem Maritimen Komitee gegenüber, daß die Erfüllung der Verpflichtungen, welche sie übernehmen mußte, praktisch nahezu unmöglich und Bemahnung der Schiffe schwer lösbar sei.

gelungen, den Dampfer „Bielefeld“ vor zwei Tagen nach Firth of Forth abgeben zu lassen. Außerdem ist eine größere Anzahl Schiffe freigegeben worden. Die deutsche Regierung hofft, deren Ueberführung in den nächsten Tagen bewirken zu können.

Die Reparationskommission wird hieraus entnehmen, daß es deutscherseits nicht am guten Willen fehlt, den Verpflichtungen des Friedensvertrages nachzukommen, daß aber das deutsche Volk mit Bestimmtheit erwartet, nicht durch die Wegnahme des letzten Schiffes durch die Reparationskommission wirtschaftlich völlig zerstückelt zu werden. Die deutsche Regierung wird sich bedehnen, das in der Note vom 14. April in Aussicht gestellte weitere Material zur Begründung ihres Ersehens um Befreiung von Schiffen in den nächsten Tagen der Reparationskommission anzustellen.

Wie wir hören, ist die zweite Denkschrift bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen der Reparationskommission überreicht.

Die ungeheuren Lasten des Friedensvertrages.

Mannheim, 30. April. In der gestrigen Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Mannheim-Ludwigshafen-Worms des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller hielt der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimer Rat Simons, einen Vortrag über den Friedensvertrag und seine allgemeinen wirtschaftlichen Folgen. Er gab dabei ein erschütterndes Bild von der Wucht der ungeheuren Belastung der deutschen Wirtschaft, die durch den Versailler Vertrag uns von den Feinden auferlegt wurde, deren Größe heute noch viel zu wenig gewürdigt wird.

Die Gedankengänge des Vortrags machten auf sämtliche Zuhörer tiefsten Eindruck. Geheimrat Simons betonte einleitend, daß die Folgen des Friedensvertrages ihren maßgebenden Einfluß auf Jahrzehnte hinaus in steigender Weise in die Erscheinung treten werden. Der Versuch, heute einen Ueberblick darüber zu geben, sei mit dem Beginn vergleichbar, eine ungeheure Ueberschwemmung in ihren Schäden abzuschätzen zu wollen, solange diese noch im Steigen begriffen sei. Die Höhe der Ansprüche unserer Gegner wachse gleichfalls von Tag zu Tag; die Listen der Forderungen seien erst kürzlich übergeben worden und es werde klar, daß einfach alles verlangt werde, was die deutsche Industrie besitze. Wir wissen dabei immer noch nicht, was die letzte Forderung sei. Nur ein kleiner Ueberblick sei es, wenn es jetzt zu Verhandlungen an einem Tische komme.

Im einzelnen schilderte dann der Redner die durch den Friedensvertrag geschaffene heutige wirtschaftliche Lage. Als besonders drückende Lasten erörterte er folgende Umstände: Den Anspruch unserer Feinde auf die sogenannte Reparation oder Wiedergutmachung. Die authentische Interpretation der Gegner lautete zunächst auf Ersatz der Zivilschäden. In Wirklichkeit verlangte man, daß Deutschland die gesamten Kriegsschäden trage und zahle. Rechtlich sei dies ein glatter Vertragsbruch, durch den man uns auch die gesamten öffentlichen Lasten, mit einem Wort die gesamten direkten und indirekten Kriegskosten und Kriegsschäden des Weltkrieges auflade. Weiter erwähnte er die in ausserordentlichen Darlehensformen, welche vorläufigen Zahlungen ohne Festschließung einer festen Endsumme erforderlich würden. Die aus diesen Darlehenszahlungen sich ergebenden Zinsverpflichtungen sind selbst schon so ungeheuerlich, daß wir die Zinsen nie voll leisten können, sodas der Schuldzins von Jahr zu Jahr schwerer und größer würde. Ein besonders trauriges Kapitel sind dann weiter die aconto-Sachleistungen. Der Verlust unserer Handelschiffe, der Zugriff an die deutschen Maschinen bis zu 30 Prozent, die Kohlielieferungen, die Verluste an Chemikalien, der Raub der Kabel und vieles andere wurde erörtert. Alle diese Forderungen werden verlangt von einem Nichtschlichter, der geschwächt und wackelnd vertritt. Die Einzelheiten immunen der Berechnung bedeuten für Deutschland nur Lasten und die Gesamthypothek auf unsern Wirtschaftsleben werde von der Wiedergutmachungskommission selbst errichtet verwalte. Letztere erscheine in gewissem Sinne als die Konkursverwalterin der deutschen Wirtschaft, wobei sie sich nur der Exekutive vorläufig noch enthalte.

Im einzelnen kam dann der Redner noch auf die Hemmnisse für unsere Handelschiffahrt und Verkehrsverhältnisse zu sprechen, wie diese in den Dienst und auf den Vorteil der Entente einseitig werde. Das letzte Glied in all dem Mosaik sei dann die Zertrümmerung unserer weltpolitischen Basis.

Bewusstseinsfrage sei so jeden, der all die Folgen des Friedensvertrages vernimmt. Wir sind von einem Subjekt des Völkerrechts zu dessen Objekt herabgesunken.

Wie helfen wir uns?

Der Vortragende vertrat hierbei mit Recht die Meinung, daß das ursprüngliche Streben, in den Völkerbund herein zu kommen, von keinem besonderen Erfolg begleitet sein werde. Denn der Völkerbund sei nur eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zur Gewährleistung der Kriegskosten. Auch das zweite empfohlene Hilfsmittel, ein großer Kredit anleihe im Ausland, sei zweifelhaften Charakters. Bei Festschließung der deutschen Industrie zu Lohn- und Fronarbeit scheint es fraglich, ob wir nicht zu den bestehenden Lasten nur neue hinzufügen. So bleibe nur als letztes Mittel das Vertrauen auf uns selbst durch Selbsthilfe. Geleitet werden müssen die Lasten einzeln und allein von der deutschen Industrie, die allein imstande sei, mit erzeugten Waren, d. h. mit Warenüberschüssen, zu zahlen.

Im Schlußwort verließ der Redner in treffender Weise das wirtschaftlich ineinander verschlungene Europa mit einem Pfeil, der sich nur halte, wenn die innere Schwungkraft ihm Bewegung gebe. Der Kern dieser Schwungkraft liege in der deutschen Arbeit, die gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu leisten sei. Die Re-

gierung müsse alles ferne halten, was Ruhe und Stetigkeit der Produktion führe. Unsere Gegner mühten endlich unterlassen, immer wieder mit neuen Drohungen und Forderungen die deutsche Wirtschaft zu hemmen. Im anderen Fall bringen sie nicht nur uns in die Gefahr des Unterganges, sondern sich selbst und ganz Europa.

Die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf.

1 1/2 Millionen eingeschriebene Mitglieder.

München, 20. April. (Priv.-Tel.) Die Deutsche Volkspartei (National-liberale Partei) konnte in ihrer gestrigen Versammlung einen ganz außerordentlichen Besuch aufweisen. Der Vorsitzende Dr. Saldauer begrüßte zunächst den Abg. Landesratspräsident Becker und Dr. Burger-Ludwigshafen, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei in der Pfalz, mit Glückwünschen über den dortigen glänzenden Wahlerfolg. Mit großer Genugtuung wurde auch die Mitteilung ausgenommen, daß die Partei im Reich jetzt 1 1/2 Millionen eingeschriebene Mitglieder zählt. Der Vortragende des Abends Generalsekretär Saldauer gab die angelegentlichste Ergänzung zum letzten Bericht, und Rechtsanwältin Dahn berichtete über die Berliner Vertretertagung. Besonders eingehend besahe er sich mit der Kardoffischen Angelegenheit sowie mit dem Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Sozialdemokratie.

Stresemann vertritt aus einem gewissen Optimismus heraus die Anschauung, daß eine verfassungstreue Sozialdemokratie zur Verantwortung und praktischen Mitarbeit gewonnen werden könne und jedenfalls nicht in eine hemmungslose Opposition verfallen werden, allerdings auch nicht zu einem im Verfall zu ihrer Stärke nicht übermäßig politischen Einfluß kommen dürfe. Es wurde die Frage des Wirtschaftsparlamentes als Reversiv des politischen Parlamentes, die Frage der Einheit des Reiches, die Stellung zur Monarchie usw. behandelt. Seine eingehenden, objektiven Ausführungen schloß der Redner mit einem klammern Bekennnis zu Bismarck und seinem Werk, zu der seine Schwarz-weiß-rot. Als er die Schlußworte aussprach: „Ich will lieber als rüch Deutscher stand freipieren wie ein Hund, denn als schlechter Bayer ein Schwarzenfelsen führen unter Frankreichs Herrschaft“ dankte ihm begeistert Beifall.

Der Vertreter der Pfalz, Landgerichtspräsident Becker, mußte die raterländische Höchstimmung zu halten. Er dankte für die Glückwünsche und gab ein Bild von der politischen Arbeit und der so reichen deutschen Gesinnung in der Pfalz in allen Schichten der Bevölkerung. So wenig wie eine Mindermeinung dürfe es eine Meinungsmeinung geben. Weiterhin mußte eine ständige Wechselwirkung zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland verlangt werden. Jenes dürfe das Gefühl des Rückfalls an die deutsche Heimat niemals verlieren. Allgemeine fruchtbare Zustimmung bewies dem Redner, daß seine Meinung in der Deutschen Volkspartei Verständnis finde.

Bankdirektor Dr. Dietrich erläuterte dann das Reichstagswahlrecht, 1/3 jod daraus die Folgerungen für die Stellung der Partei, u den anderen Parteien. Dr. Dahn gab noch der zureichlichen Hoffnung Ausdruck, daß Hindenburgs Präsidentenwahlstandaturnach der Beubigung der Gemüter wieder aufgenommen werden könne, unter Voraussetzung des Wunsches der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Die harmonisch verlaufene Versammlung bedeutete ein gutes Vorzeichen für den bevorstehenden Wahlkampf.

Am 9. Mai findet ein Vertretertag der Deutschen Volkspartei für Bayern rechts des Rheins in München statt.

Die Austritte aus der Demokratischen Partei.

Die Wahlen zu den pfälzischen Kreistagen haben der Demokratischen Partei eine arge Enttäuschung gebracht. Sie stand mit den erreichten Wahlziffern an letzter Stelle und war hinter den Ergebnissen der Wahl zur Nationalversammlung um etwa 26 000 Stimmen zurückgeblieben. Damals erhielt sie 59 417, jetzt 33 613 Stimmen, dagegen stütze die Deutsche Volkspartei diesmal an die erste Stelle, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Mehrheitssozialisten eingenommen hatten. Im Januar 1919 erhielt die Deutsche Volkspartei 88 352 Stimmen, jetzt 58 835, also eine Steigerung um 10 000 Stimmen.

In Ostpreußen hat der Provinzialvorstand des Deutschen Bauernbundes seine Beziehungen zur Deutschen demokratischen Partei gelöst. Er hat an den Deutschen Bauernbund in Berlin unter dem 20. April ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen scharfen Gegensatz zur Deutschdemokratischen Partei betont und es ablehnt ihr Gesellschafter zu sein. Durch die enge Verbindung mit der Deutschdemokratischen Partei scheide sich der Deutsche Bauernbund als Vermittler zwischen dieser und der Volkspartei aus. Am 15. April hat in Uffz zwischen Vertretern der Adressierten, dem Provinzialvorstand des Deutschen Bauernbundes und Vertreter der naturlichen Kreise des Deutschen Bauernbundes eine Sitzung stattgefunden. Sie hat ihre Trennung von der Deutschdemokratischen Partei beschlossen, die nach Ansicht beider Wirtschaftsvereinigungen als geeignete Vertreterin der produktiven Stände, vornehmlich der Landwirtschaft nicht in Frage kommen könne. Der bevorstehende Wahlkampf gelte besonders auch der international gerichteten Deutschen demokratischen Partei, der Veranlassung des letzten Generalstreiks mit seinen traurigen Folgen. In dem Beschluß wird endlich über die maßlose Hege gegen die gesamte Landwirtschaft, gegen Groß und Klein gefaßt. Sie müsse jedem Einseitigen den ewigen Gegensatz zwischen der bodenständigen staatsbildenden Bevölkerung und den vollstrebenden staatsbildenden Elementen klar gemacht haben: „Wir wollen uns nicht von Fremdlingen registrieren lassen, sondern Herr im eigenen Hause bleiben.“

Als neuestes Ereignis aus dem Leben der Deutschen demokratischen Partei kommt nun der Uebertritt führender Persönlichkeiten der Demokratie zur Deutschen Volkspartei hinzu. Wie haben gestern einige der in Frage kommenden Männer bereits

genannt: Wiemer und Mugdan stellen zweifellos einen Verlust für die demokratische Partei dar. Wie es nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Berlin heißt, sollen unter diesen neuen Abtrünnigen nicht weniger als 10 demokratische Stadtverordnete sein. Der Grund zum Austritt liege in der Enttäuschung über die Haltung der demokratischen Partei, vor allen Dingen gegenüber dem Generalstreik, der ein Schlag für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gewesen sei. Wie man weiter hört, sollen gerade diese Austritte von Männern, die aus der alten Fortschrittspartei zur Demokratie übergegangen waren, einen besonders starken Eindruck gemacht haben.

[.] Berlin, 30. April. (Von unv. Berl. Büro.) Ueber den Austritt einiger Mitglieder der Demokratischen Partei aus dieser und ihren Uebertritt zur Deutschen Volkspartei soll, wie verlautet, in der aller nächsten Zeit eine öffentliche Erklärung verbreitet werden.

Der Kabinettsbeschluss über den 1. Mai.

Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses sollen in Staatsbetrieben den Arbeitern und Beamten am 1. Mai Urlaube gegen Weiterzahlung des Lohnes gewährt, in den Verkehrsanstalten aber mindestens der Sonntagsdienst aufrecht erhalten werden. Das Reichspostministerium hat deshalb verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Fernsprechsdiens wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist.

Diese Verfügung entspricht — so berichtet der Vorwärts — der Notwendigkeit, für die Post- und Telegraphenverwaltung, die Waiserei einheitlich zu regeln. Ein geordneter Betrieb ist nicht aufrechtzuerhalten, wenn bei dem zahlreichen Personal der Post- und Telegraphenverwaltung die Beurlaubungen von Fall zu Fall erfolgen müßten.

Diesen Befehl findet die Kölnische Volkszeitung unverständlich. Sie schreibt:

Die Nationalversammlung hat mit sämtlichen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen beschlossen, den Maifeiertag abzulehnen. Das Kabinettsbeschluss aber im Sinne der Sozialdemokratie! Anstatt dieses Beschlusses erheben wir die Frage: Haben wir eine Koalitionsregierung oder ein rein sozialistisches Kabinetts? Welche Kabinettsmitglieder mören wohl für und welche mögen gegen diesen Beschluss gestimmt haben, der im vollkommenen Gegensatz zu dem Botsam der Nationalversammlung steht? Haben wir noch eine parlamentarische Regierung? Oder befinden wir uns auf dem Marsche zur Diktatur des Proletariats?

Das ist ein scharfer Angriff gegen Herrn Giesberts aus den Reihen seiner eigenen Partei. Die bürgerlichen Parteien der Koalition stimmen gegen die Maifeier, ihre eigenen Minister dafür, sie unterwerfen sich dem Willen ihrer sozialdemokratischen Kollegen und das große rheinische Zentrumblatt ist entsetzt über den Extratanz dieser allzu willfährigen Regierungsvertreter. Aber diese können sich zur Not darauf berufen, daß im vorigen Jahre in der Nationalversammlung in Weimar Zentrum und Demokraten sich für den 1. Mai als Feiertag ausgesprochen haben. Ihre Gesinnungsänderung von heute wird wohl nicht mit Unrecht als hitelische Absichten zugeschrieben. Im Zentrum wird der Unwille der bürgerlichen Wähler von Tag zu Tag größer. Und die Demokraten haben mit ihrer bürgerlich-feindlichen Generalstreikparole in den Kapp-Tagen eine Belastung auf sich geladen, die sie durch Zustimmung zu den sozialdemokratischen Anträgen nicht mehr gut verzeihern zu dürfen glauben. Und nun machen die Herren Giesberts, Wirth, Koch, Csehler usw. ihnen einen Strich durch die Rechnung, indem sie am Zustandekommen des Kabinettsbeschlusses über den 1. Mai mitwirken. Es ist eine arge Verlegenheit.

Der Ausschuss des Landesverbandes Pfälzischer Arbeitgeber hat nach eingehender Beratung beschlossen, dem von Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften an einzelne Arbeitgeberverbände und Unternehmensleitungen gerichteten Ersuchen auf Schließung der Betriebe am 1. Mai nicht nachzugeben, sondern diese Forderung, als auf keiner gesetzlichen Grundlage beruhend, abzulehnen. Der Landesverband Pfälzischer Arbeitgeber empfiehlt sämtlichen Arbeitgebern, die Betriebe am 1. Mai offen zu halten und die zur Arbeit bereiten Arbeiter an diesem Tage auch zu beschäftigen.

Generalstreik der Eisenbahnen in Frankreich.

Paris, 29. April. (Havas.) Der leitende Ausschuss der Confederation generale du travail teilt mit, daß der Nationale Eisenbahnenverband Frankreichs am Samstag, den 1. Mai, in einen Generalstreik eintreten wird, um die Nationalisierung der Eisenbahnen Frankreichs vorzunehmen. Dies ist eine Forderung der gesamten Arbeiterbewegung. Der Ausschuss wird dafür sorgen, daß die Versorgung des Landes gesichert bleibt.

Paris, 29. April. (WB.) Der Eisenbahnminister richtete an das Personal der Eisenbahnen einen Appell, in dem darauf hingewiesen wird, daß das öffentliche Leben keine Unterbrechung erdulden dürfe. Das Personal der Eisenbahnen, dessen Ergebenheit und Patriotismus er unter den ersten Umständen zu schätzen gelernt habe, werde viel zu viel Pflichtgefühl haben, als daß es böswillig nicht am 1. Mai wie an allen anderen Tagen auf dem Posten bleibe. Er verlasse sich auf sie, wie er sich auch auf die Träger der öffentlichen Gewalt verlasse, damit die Freiheit der Arbeit gesichert sei.

Brüssel, 29. April. (WB.) Das Personal der Brüsseler Straßenbahnen hat den Streik beschlossen und es dem Ausschuss überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen. Die Arbeiter verlangen die Wiedereinstellung der wegen sozialistischer Umtriebe entlassenen Beamten und wehren sich, mit den Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten. Sie verlangen ferner die Sozialisierung der Straßenbahnen.

Paris, 29. April. In dem heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Deschanel stattgehabten Ministerrat erstattete Millerand Bericht über die internationale Lage, wie sie sich aus der Konferenz in San Remo ergibt. Der Arbeitsminister gab Erklärungen ab über die Ursache und den Ausgang des Streiks in Eliaß-Lothringen. Die verschiedenen nach Paris gekommenen Arbeitsvertreter hätten ihm gegenüber ihre wärmste Verbundenheit an Frankreich zum Ausdruck gebracht. Der Arbeitsminister konnte einen Geheißentwurf vor zur Ratifikation des von der Washingtoner Konferenz angenommenen Abkommens.

Moskau, 29. April. Zwei Fabriken kündigten ihren Arbeitern, weil sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten. Daraufhin wurde der Generalstreik erklärt.

Das Ende der Regierungstrife in Sachjen.

Die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Demokraten bricht.

In einer gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen und der deutsch-demokratischen Fraktion der Volkskammer wurde gestern beschlossen, an der bisherigen Koalition unter

voller Wahrung der programmatischen Selbstständigkeit beider Fraktionen festzuhalten und der Kandidatur des früheren Kultusministers Bueck als Ministerpräsident zuzustimmen. Diese Meinung übertrug ein wenig. Noch am Tage vorher hatte der Hauptausführer der Demokratischen Partei beschloffen, seinen Vertreter in dem am 29. tagenden Landesausschuss der Demokratischen Partei dahin zu instruieren, daß sie einen Wiedereintritt der Demokraten in die sächsische Regierung vor den Wahlen ablehnen und für sofortige Neuwahlen eintreten. Und nun traten sie doch wieder in die Koalition ein! Wir werden sehen, warum sie ihren ersten Beschluß binnen 24 Stunden umgestoßen haben.

Die Regierung und die Straßentämpfe in Leipzig.

Der Ortsverein Leipzig der Deutschen Volkspartei ersucht die sächsische Staatsregierung in einem Antrag, der zugleich die Kammer als Petition zugegangen ist, durch unverzügliche Vorlage eines Rotgesetzes bei der sächsischen Volkskammer oder in anderer Weise allen durch die letzten Unruhen und Straßentämpfe an Gut und Körper geschädigten Leipziger Einwohner vollen Ersatz mit der Maßgabe zu leisten, daß die Ansprüche der Geschädigten aus dem zu erwartenden Reichs-Tumultschadengesetz auf den sächsischen Staat übergehen. Zur Begründung des Antrags wird u. a. ausgeführt:

Die Leipziger Straßentämpfe haben jeder innere Berechnung entbehrt. Keine Leipziger Partei hat sich auf die Seite der Kapp-Lüttich-Regierung gestellt. Insbesondere hat die Deutsche Volkspartei sofort nach Bekanntwerden des Kapp-Lüttich-Falles durch ihren Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Bünger erklärt, fest zur Verfassung und Verfassungsmäßigen Regierung zu stehen. Auch Reichswehr und Freiwillige haben nichts unternommen, was auf irgendwelche Unterstützung des Kapp-Lüttich-Falles hinausläufe. Es lag also nicht die geringste Veranlassung vor, in die Leipziger Bevölkerung durch die Verabsäumung der Arbeiter oder durch einen Generalstreik Unruhe zu bringen, und es wäre die Pflicht der sächsischen Regierung gewesen, unverzüglich, als die ersten Absichten einen Generalstreik zu beginnen und die Arbeiterkraft zu verwirren, bekannt zu werden, mit aller Kraft die Klar zu machen, daß hierzu überhaupt keinerlei Anlaß vorliege.

Dem entgegen aber haben unter dem 13. März 1920 die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung offen zum Generalstreik auf der ganzen Linie aufgefordert und dadurch eine vollständige Verwirrung in den Verfassungsgrenzen des Deutschen Reiches, im besonderen in Leipzig, hervorgerufen, während die sächsische Regierung viel zu spät sich um die Vorgänge in Leipzig gekümmert hat.

Die Kämpfe in Leipzig haben stattgefunden zwischen der Arbeiterschaft, die damit die Verfassung schützen wollte, und den Truppen, die an Seiten der Verfassung standen, sind also geradezu ein Schulbeispiel dafür, welche Verwirrung entstehen kann, wenn eine Regierung in entscheidender Stunde nicht schnell und nicht mit den geeigneten Mitteln einreißt.

Unter diesen Umständen ist es Ehrentpflicht des Staats, angeknüpft für die Hinterbliebenen der Gefallenen, insoweit es nicht angegriffene parteipolitische Verfassungsbrüche waren, zu sorgen und den Leipziger Einwohnern, die an Körper oder Gut durch den sinnlosen Bürgerkrieg in Leipzig geschädigt worden sind, aus Staatsmitteln vollen Ersatz zu leisten.

Schließung der Nationalversammlung.

Berlin, 30. April. (Von unterm Berliner Büro.) Die Nationalversammlung hat gestern Schluß gemacht. Noch nicht endgültig, denn im Mai will man ja noch einmal zusammenkommen. Aber so allgemeinen kann man sagen, sie steht am Ende ihrer Arbeiten, und deren Summe wird jezt wohl zu ziehen sein. Der geistige Ausgang war nicht gerade erhellend. Es war ein Verhängnis am Ende. Was man um zehn Uhr begann, sehten Berichterstatter, sehten Antragsteller und Regierungsvertreter, sodah ein paar Gegenstände überhaupt nicht verhandelt werden konnten. Später fanden sich noch einige Nachzügler ein, doch mehr als zwanzig waren den ganzen Tag über nicht im Saal. In solcher Verfassung wurde das Provisorium, das der Wohnungsnormierung soll, angenommen, wurden auch das Reichsheimstätten-gesetz und das Tumultschadengesetz erledigt. Dieses nicht ohne scharfen Widerspruch der beiden Parteien der Rechten. Hernach stimmte man noch dem Provisorium zu, das am Mittwoch spät abends im Ausschuss zum Postgebührengesetz gefunden worden war. Die Nationalversammlung hat für diesmal wieder nachgegeben. Sie hat sich überzeugt, daß die portopflichtigen Dienstlichen mit einem Gebührengesetz nicht zu befriedigen seien, aber sie hielt dabei, daß es sich hier um einen Jopf aus alter Zeit handle, der endlich abgeschnitten werden müsse. So hat sie, indem sie vor dem Widerspruch des Reichsrates zurückwich, zugleich auch der Regierung ausgegeben, bis zum Oktober dieses Jahres ein Gesetz vorzulegen, das die Gebührensicht auf eine neue Grundlage stellt. Damit hat Herr Giesberts sich gestern förmlich einverstanden erklärt und somit werden, zwar nicht am 1. Mai, aber fünf Tage später, die neuen Postgebühren in Kraft treten.

Zu einer Revision der verhängnisvollen Beschlüsse vom letzten Samstag hat die Nationalversammlung sich nicht mehr aufzuraffen vermocht. Das Zeitalter des Verkehrs wird es ja wohl von dem der Beredsamkeiten. Dann gab es noch eine langweilige und doch fruchtlose Geschäftsordnungsdebatte über die Ausdehnung der Einkommensgrenze bei der Angestelltenversicherung mit dem Ergebnis, daß die Vorlage an den Ausschuss verwiesen wurde, und einen zweiten Zusammenstoß bei der zweiten Lesung des Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, den die Rechte nicht im menschenleeren Saal (schließlich hätte man nur noch drei Abgeordnete) verabschieden lassen wollte. Wenn die Konstitution sich in drei Wochen wieder, dann hoffentlich zum unumkehrlichen letzten Male versammelt, wird sie zu allererst über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu entscheiden haben.

Die Vorgänge an der Wiener Universität.

Wien, 30. April. In der Nationalversammlung gelangten gestern bei der Behandlung des Kapitels: Unterrichts die jüngsten Wiener Studentenunruhen zur Sprache. Der Völsch-Nationale Erider protestierte gegen das Verhalten des Rektors und der Professoren, welche nichts unternommen hätten, um die Unruhen zur Ordnung zu mahnen. Der Kampf gegen die armen, teils unehrenhaften Studenten sei ein Kampf gegen das jüdische Ghetto. Der Großdeutsche Urfin erklärt, die Ausdehnung der deutsch-ungarischen Studentenschaft sei keine reaktionäre Demonstration gewesen, sondern eine Auslieferung gegen die Judenwerkerschaft in Oesterreich. Jedner verlangte in einer Resolution die Fernhaltung der Studenten von den österreichischen Hochschulen und die Beschran-

kung der Zulassung anderer Juden und deutscher Ausländer zu dem Hochschulstudium. Der Großdeutsche Pauly Hoyle über die Verjudung der Wiener Universität. Der Christlich-Sozialer Kunschak verlangte die Entfernung der Ostjuden aus Oesterreich. Die Studentenemigrationen seien ein Ausdruck der Rassefeindschaft gegen das sich ausbreitende Judentum. Wir verurteilen, daß deutsche Studenten sich zu Ausschreitungen hinreihen lassen, verlangen aber von der Regierung die Befreiung der Ursachen. Der Sozialdemokrat Hartmann (österreichischer Gesandter in Berlin) hat den Ausführungen der Großdeutschen und des Christlich-Sozialen entgegen und erklärte bezüglich der Studentenemigration, es könne unter den Jüdischen kein Zweifel darüber sein, daß das, was geschehen sei, barbarisch sei. Die Behauptung über eine Verjudung der Wiener Universität sei lächerlich. Von 24 Ordinarien an der medizinischen Fakultät seien nur 2 Juden oder jüdischer Abstammung.

Die Lage im Osten.

Amsterdam, 29. April. (WB.) Wie aus London gemeldet wird, richteten gestern verschiedene Untereunionsmitglieder Anfragen an die Regierung über die jüngst erfolgte Beschließung einiger Plätze in Südrussland durch englische Aristokraten. Der Erste Lord der Admiralität erklärte, einige englische Kreuzer seien beschiffen Küstenplätze, um die britische Mission in den Stand zu setzen, Aufstand unternommen zu verlassen und um die russischen Frachtschiffe zu schützen. Sowie beschlossen, entstanden dadurch keine Verluste. General Bromel hält ausschließend zum Schutze der Mission die Kräfte bereit, ohne eine Angriffsbewegung zu unternehmen.

Amsterdam, 29. April. (WB.) Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meldet, hat die Sowjetregierung in ihrer Antwort auf die letzte Note Curzons betreffs der Ueberreste der Armee Denikins drei Gegenforderungen aufgestellt und zwar erstens einen Druck auf Polen im Sinne eines Friedensschlusses mit Rußland; 2. Auflösung von Polesinow in England; 3. Befreiung Bela Kusns aus der Gefangenenschaft in Oesterreich.

Aus der Angestelltenbewegung.

Die Lage im Bankbeamten-Streit.

Barmen, 28. April. Die Bankangestellten des Wuppertales, die am Montag in einen Streik eintreten wollten, wenn bis dahin die Forderungen der im Streik befindlichen Kölner und Düsseldorf Bankangestellten nicht bewilligt wären, haben diesen Beschluß auf Veranlassung der Kölner Streikleitung nicht ausgeführt. In einer Versammlung wurde beschloffen, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen, aber sofort in den Ausnahmefällen zu treten, wenn die Streikleitung dazu auffordere. Wenn bis Ende d. M. die Forderungen der Bankangestellten in Köln und Düsseldorf nicht bewilligt seien, werde voraussichtlich in ganz Rheinland und Westfalen der Streik erklärt werden. Die Bankangestellten stellen sich auf den Boden der Kölner Tarifverhandlungen, erklären sich mit den Streikenden solidarisch und verpflichten sich, keine Streikarbeit zu leisten.

M. Gledbach, 28. April. Die streikenden Bankbeamten stehen ausschließlich in Verhandlungen mit den Vertretern der Großbanken. Auf einigen Banken ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden.

Düsseldorf, 30. April. (Priv. Tel.) In einer Versammlung der streikenden Bankbeamten in Düsseldorf wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit der Regierung ergebnislos verlaufen sind. Die Vertreter der großen Banken erklärten, nicht selbstständig verhandeln zu können, weil sie von der Berliner Zentrale keinerlei Befugnisse dazu hätten. Die in der Verhandlung amehenden Vertreter der drei großen Angestelltenorganisationen, nämlich des Gewerkschaftsbundes der Angestellten des Gesamtverbandes kaufmännischer Angestelltenverbände und des Zentralverbandes der Angestellten geben namens der Gewerkschaften Solidaritätserklärungen ab und fordern teilweise finanzielle Unterstützung zu. Falls der Streik noch länger andauere, ist mit einer Ausdehnung auf die übrigen rheinisch-westfälischen Städte zu rechnen.

Baden.

Um das neue Landwirtschaftskammergesetz.

Man schreibt uns: Allenthalben regt es sich in den Kreisen der Landwirte. Was da im Ausschuss über die Rechte-Verordnung über das neue Landwirtschaftskammergesetz beschloffen wurde, findet nicht überall ungeteilten Beifall. Der Landwirtschaftskammer soll zunächst der bisherige, ohne nennenswerte Staatszuschuß entgegen zu werden. Dann sollen die alle gewinnbringenden Unternehmungen und auch die Verteilung an solchen unterlag werden. Womit soll sie da ihre Aufgabe erfüllen und die Landwirtschaft fördern? Man verweist auf die Um Lage. Deren Urtanz ist aber viel zu niedrig und auch hier die Steuerlasten anzusehen, wird viel Verbitterung drängen, ohne die nötigen Mittel zu schaffen. Aus diesen Erwägungen heraus haben auch die am 25. April in Mosbach versammelten Mitglieder des Badischen Bauernverbandes einstimmig beschloffen, dafür einzutreten, daß die Befugnisse der Landwirtschaftskammer, die sie nach dem alten Kammergesetz hatte, nicht eingeschränkt werden.

Letzte Meldungen.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

1000 Wägen, 30. April. (Priv. Tel.) Nach einer Mitteilung der Regierung im hiesigen Landtag ist die Kohlenförderung im Ruhrgebiet durch die dortigen Unruhen nicht in dem befürchteten Umfang beeinträchtigt worden. Die Leiter der süddeutschen Kohlenwerke werden demnach in Berlin auf vermehrte Kohlenzufuhr nach Bayern hinwirken.

Bewerbung der Baltikumruppen für Kultivierungsarbeiten.

Berlin, 30. April. (Von unv. Berl. Büro.) Der preussische Ministerpräsident Braun erklärte einem Mitarbeiter des „Littérateur“, daß er die Baltikumruppen, die zum Teil des Landwehralters ehrlieh überdrüssig sind, dazu verwenden wolle, Kultivierungsarbeiten auf staatlichen Mooren und den enderblich gewordenen Truppenübungsplätzen auszuführen und sie später dort anzusiedeln.

Köln, 30. April. (Priv. Tel.) Die geistige Sachverständigenkommission des Reichs hat einen Kredit von 100 Millionen Mark zur Verbesserung der Wohnungsnormierung beschlossen. Des Weiteren wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß die drei zuständigen Ministerien zur Errichtung des Reichsweiten Provinzial-Arbeitsamtes sich dahin geeinigt haben, daß der Sitz nicht in Düsseldorf sondern in Köln sein müsse.

Berlin, 29. April. (WB.) Die Nationalversammlung nahm das Tumultschadengesetz in allen drei Lesungen an.

Offene Stellen

6 Aushilfslehrerinnenstellen
In der hiesigen Volksschule sind 6 Aushilfslehrerinnenstellen...

Erfahrener erster Buchhalter
für hiesig. ein gros-Geschäft gesucht.

Mehrere tüchtige Reisende
auch leicht gegen Provision für ein hiesiges Geschäft gesucht.

Teilhaber gesucht
für Fabrik- und Export-Geschäft der Gerberei...

Perfekte Stenotypistin
von Bergschneidung Neustadt a. H. möglich aus der B. anhe.

Jung. intellig. Fräulein
perfekt in Schreibmaschine und Stenographie per 1. Mai gesucht.

Mehrere tüchtige Heim Arbeiterinnen
zum Nähen von Schürzen für ein hiesiges Geschäft gesucht.

Verlagsbüro
eine kaufmännisch geübte, erfahrene Stenotypistin baldmöglichst gesucht.

Kaufmann Vertreter
für einen einträglichen Geschäftszweig...

Versicherungs-Büro
tüchtige Stenotypistin für sofort oder später...

Stenotypistin
für nachmittags ab 6 Uhr für 1-2 Stunden...

Kinderfräulein
für 3 Kinder auf 1 Tag gesucht.

Mädchen
das lesen kann, bei hohem Lohn und guter Verpflegung...

Kindermädchen
das auch etwas Hausarbeit verrichtet...

Haasmädchen
tagsüber sofort gesucht.

Mädchen
Tücht. Mädchen in 11 Sam. get.

Alleinmädchen
gegen guten Lohn gesucht.

Jungere Köchin
die gut bürgerlich kochen kann...

Haasmädchen
gegen guten Lohn gesucht.

Ordnentl. Putzfrau
für ein größeres hiesig. Büro...

Strebsamer Kaufmann
30 Jahre alt, in allen kaufm. Arbeiten durch...

Jurist
Spezial in Bearbeitung und Vertretung...

Steindrucker
Zinktypen, Photographen mit feiner Bildung...

Akquisiteur
Sucht für U. T. W. 57 an die Geschäftsstelle...

Eine Frau
Sucht noch Arbeit geht auch in frauenlosen Haushalten...

Fräulein
22 J. a., sucht Stellung als Empfangsdame...

Eckhaus
Häufig und häufig mit freierbenutzten Räumlichkeiten...

Friseur-Geschäft
in einer individualistischen Stadt...

Klavier u. Phonola
zu verkaufen. 3045 Metzger, A. Z. B.

guter Most
mit Wein befehligen ab Keller in Uhlhof...

Neues Herren- und Mädchen-Fahrrad
billig zu verkaufen.

Damenfahrrad
neues, in ein. *3185

Messing-Gaslöcher
zu verkaufen. U. S. 11 III.

1 P. Autoholzlader
mit Schien-Riegelgerät u. Pedalen...

Elektr. Motor
1/2 PS, Drehstrom, 115 bis 225 Volt...

Bäckerei Blnz
Weinheim. *3112

Zeichenstisch
als Holzstisch, 4 Mr. Volla, Kichenag-Lampe...

Einige Waggon
zu verkaufen. R. Moller, Fulda

Erdstöske
(Baumstämme) zu verkaufen. R. Moller, Fulda

Kinderwagen (Korb)
zu verkaufen. R. Moller, Fulda

Gelegenheitskauf!
1 Regulator, 1 Taschen- uhr, 2 neue Sommerhüte...

Gehr. Küchen-Einrichtg.
zu verkaufen. U. S. 11 III.

Sattler-Nähmaschine
zu verkaufen. U. S. 11 III.

1 Doppel-Messing-Bett
mit Rohbaummatratze wegen Platzmangel...

Gute Violine
auch eine Saiten- uhr zu verkaufen.

Badewanne
gute, mit emailliert, ungebraucht...

Pfusch-Garnitur
Sofa, 4 Stuhl, Koff. gr. pol. Leder...

Massanzug Fahrrad
erhalten gut, mittl. fig. letzteres frei u. Rad...

Anzugsstoff
Wanaga, ferner 1 Paar neue Herr.-Schuh...

Gehrock
mit Welle zu verkaufen. U. S. 11 III.

Neuen schw. Oberzieher
und wenig getragenen Gehrock-Anzug...

Herrenzimmer
ausgezeichnet preiswert zu verkaufen.

Herr n-Fahrrad
neu, mit Bereifung zu verkaufen.

Ziegelei-Ringolen
in nächster Nähe Mannheims...

Abbruch
zu verkaufen. Röh. K. J. S. Böh.

2 Schreibmaschin.
(Wiggins) in bestem Zustand...

Geschäfts-Auto
umständlicher billig abzugeben.

Schäferhund
zu verkaufen. Joh. Benz, Friedrichslehd. (Boden).

Arbeitspferd
schwarzes Schlags, leistungsfähig...

Kauf-Gesuche
Zigarrengeschäft zu kaufen oder Laden mit Wohnraum...

Metzgerei
möglichst im Zentrum der Stadt zu kaufen od. pachten gesucht.

Spiralbohrer
aus S. S. laufend in geschlossenen Posten...

Breitschwanzmantel
aus Privatband zu kaufen gesucht.

Gut erh. gebrauchte Schreibmaschine
zu kaufen gesucht.

Ein kleiner begn. Damen-Schreibtisch
Isabelle ein ca. 2 m langem 3515

Reichs-Adressbuch
eventl. auch älterer Jahrgang...

Kesselwagen
15000 kg Inhalt für Petroleum und Benzin...

Miet-Gesuche
Werkmeister sucht möbl. Zimmer.

Import-Gesellschaft
sucht sofort oder später 3-4 Kontor-Räume...

Büro mit Lagerraum
im Stadtzentrum von ruhigem Geschäft zu mieten...

Wir suchen in Mannheim oder näherer Umgebung ein Anwesen mit grösseren Kellereien, Magazinen, Büros und Hofräumlichkeiten...

National-Theater.
Freitag, den 30. April 1920.
C. Worlein in Wien, Abteil. D (für H. Dorfett D 30)
Der Fächer
Anfang 7 Uhr. Mittel-Stelle. Ende 9 1/4 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“
Freitag, den 30. April: Letzter Tag!
Pünktlich 8 1/4 Uhr!
Schlaukämpfe! Wer wird siegen?
Es ringen:
Sauerer gegen v. d. Heud
Christensen gegen Stolzenwald
Häpper gegen Grunwald
Anschließend Prosa-Vorstellung. 5572

Künstlertheater „Apollo“
Samstag, 1. Mai, abends 7 1/4 Uhr:
Eröffnung der Sommer-Operettenspielzeit.
Gastspiel des Kölner Metropoltheaters
„Die Dame vom Zirkus“
Operette in 3 Akten v. Robert Winterberg
Karten ab heute. 5574

Kabarett Rumpelmayer
Abschieds-Vorstellung
Pöschl, Bernauer, Staller, Eugen et
Irons, Carma, Müllecker, Texter.

Friedrichspark.
Samstag, 1. Mai, nachm. 4-6 Uhr
Sonntag, 2. Mai, nachm. 3-6 Uhr
KONZERTE
Kapelle Petermann. Leitung: Kapellmeister Sefer.
Abonnenten haben zur gegen Vorzeigen der
Jahreskarten freien Zutritt. 153

KL Kammer-Lichtspiele
D 2, 6 Planken Tel. 987
2. Fortsetzung des grossen
Monumentalfilms

Judex
3. u. 4. Teil
Ein Abenteuer-Roman in sechs Teilen
(12 Episoden in 25 Akten)
Heute:
5. Episode
Die unheilvolle Mühle
6. Episode
Die Auskunftfei „Veritas“
7. Episode
Die Dame in Trauer
8. Episode
Die Keller des roten Schlosses

Ein Beweis für die Güte dieses erst-
klassigen Filmwerks ist der Besuch,
der sich von Fortsetzung zu Fort-
setzung steigert. 5578

Die vier Episoden, die im jetzigen
Programm zur Vorführung kommen,
befriedigen jeden Besucher u. empfiehlt
es sich, wegen zu großem Andrang zu
den Abendvorstellungen die Mittags-
vorstellungen zu bevorzugen.

Anfang täglich 3 Uhr
Sonntags 2 Uhr.

Colosseum-Walhalla
Großes brillantes Messe-Programm! Ab Freitag, den 30. April!

6-Akter ← → 6-Akter
Herrin der Welt
Siebenter Teil
Die Wohltäterin der Menschheit
MIA MAY
Was dem sechsten Teil an dramatischem Inhalt
fehlt hat, ist im siebenten und achten Teil
in desto reichem Maße enthalten.

5-Akter ← → 5-Akter
E. Marlitt-Roman
Im Schillingshof
ist verfilmt unter dem Titel:
Geld, Liebe und Hass
In der Hauptrolle: Edith Meller.

4-Akter-Kunstfilm
Antonius u. Cleopatra
hat. Kunstfilm mit prachtv. Ausstattungen u. Szenen

Mia May **Edith Meller**

Ab Dienstag: Herrin der Welt VII. Teil

Rennwiesen-Restaurant
Jeweils nach
den Rennen
**Grosses
Konzert**
der Kapelle
K. Häcker
Kabarett-Einlagen
des bekannten Stimmungsmacher
Eintritt frei! **Willy Maier-Ritter**

Café Rennwiese
5580

**Musensaal Rosengarten
Theater-Verein E.V.**
Freitag, den 30. April 1920 5565
„Der Pfarrer v. Kirchfeld“
Kaffeeöffnung 6 1/4 Uhr. Anfang 7 1/4 Uhr.
Ende 10 Uhr. Karten: Schulhaus u. Oberbühne.

Sternwarte!
Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 1/4 Uhr
in der „Harmonie“
Vortrag
Dr. Gottfried Salomon (Berlin)
„Kommt ein neues Mittelalter?“
Freie Aussprache. 5570

Dr. Eugen Becker
Klavierpädagoge
unterrichtet privat *3202 07. 28 VI.

Klavier-Unterricht
erteilt gründlich konservatorisch
geprüfte Klavierlehrerin. *3005
Max Josefstrasse 5 parterre rechts.

Ein großer **Herren-Friedensstoffe**
Kort 145.— das Meter eingetroffen. 5566
Keller, Serkenhelmstr. 45, 1 Treppe.

Mannheim zur Maimesse!
Rosa und Josefa Blazek
die einzig lebend zusammengewachsenen
Schwestern mit ihrem Sohne Franzel.
2 Mütter u. 1 Kind!!

**Riesen- und
Zwerg-Schau**
Der grösste Mann, der je in Westfalen gelebt,
der deutsche Riese Gollath als Kontrast dazu
Prinz Collibri
der kleinste Mensch, 65 cm gross.
Eine Truppe der kleinsten Damen u. d. Herren
darunter hervorzuheben die
3 Geschwister Lilliput.
Es sind dies alles gutgeschulte u. ausgebildete
**Variété-Künstlerinnen
u. -Künstler erst. Ranges**
welche im Rahmen der Variétékunst eine
komplette Vorstellung geben. Die kleinsten
Damen werden als erkrankte Chansonetten,
Soubrtinnen, Vortragskünstlerinnen und flotte
Tänzerinnen auftreten. Die Herren als
Gymnastiker, Akrobaten, Instrumental- und
Zauberkünstler, Schilfmaier, Athleten, Boxer,
Humoristen und Komiker.

E244 Die Vorstellung übertrifft
alles Dagewesene!
Es laden zu zahlreichem Besuche ein
Die kleinen Herrschaften.

**Größtes Weltwunder
unserer Zeit.**

Pianos
in Kauf u.
Miete
bei Söh
Heckel
Piano-Lager
0 3, 10.
Metallarbeiten Stahlbrat-
managen,
Rinderetten, Beller an
Sedem Katalogr. Eisen-
möbelfabrik, Sudl 1. Th.
6157

Telephon-Nummer
des Hochgebets abzugeben.
Angebot um U. J. 69
an die Größte 3. 28.

**Mannheimer
Pferderennen**
Sonntag, 2. Mai u. a. Weimar-Jagdrennen
Dienstag, 4. Mai u. a. Preis der Stadt Mannheim
Samstag, 8. Mai u. a. Rheintal-Jagdrennen
Sonntag, 9. Mai u. a. Badenia (50 000 Mk.)
Beginn nachmittags 3 Uhr.
An jedem Tag sieben Flach- u. Hindernisrennen-
15 Jockeyrennen - 10 Herrenreiten
3 landwirtschaftl. Rennen.
**25 000 M. Geldpreise
10 Ehrenpreise.**
Eintrittspreise einschliesslich Steuer:
Mitgliedtribüne mit Sattelplatz . . . 25 Mk.
Zuschlag für reservierten Sitz . . . 10 „
Zuschlag für Logensitz . . . 20 „
Sattelplatz (nur Stehpferde) . . . 15 „
Erster Platz (numeriert) . . . 8 „
„ (nicht numeriert) . . . 6 „
Zweiter „ (innerhalb der Bahn od. Hügel) 3 „
Neckardamm . . . 2 „
Kinder unter 14 Jahren zahlen auf dem Hügel
und Neckardamm halbe, sonst volle Preise.
Reservierter Wagenplatz (Autos od. Wagen) 15 Mark-
Tagesprogramm mit Plan 1 Mark-
Eintrittskarten und Programme bei Rennverein,
Ruhausbogen 45 - Zeitungsbüro am Wasser-
turm - August Krenner, D 1, 5-6 - Eduard
Möhler, K 1, 6 und an den Kassen vor der
Platzeingängen. 5571
Anmeldung zur Mitgliedschaft im Sekretariat-
Ruhausbogen 46
Öffentlicher Totalaktor für Mitglieder-
Tribüne, Sattelplatz und erster Platz.

**Schichtl's
Marionetten-
Theater**
Vornehmes Familien-Theater
Mittelste
Meßplatz Reihe.
Von Samstag, den 1. Mai
Täglich 4 Vorstellungen
Anfang 3 1/2, 5, 7 1/2 und 9 Uhr.
Neues Familien-Programm
Die besten Marionetten der Welt

Vielletos auf dem Steifseil	Lang-Hang-Trio Chin. Ballett
Marilyn und John Gesang- und Tanz-Duoett	
Filli u. Colon Musikal. Clown	Pipifax u. Pelfix Exzentriker
Im Automobil	Komische Clown- Pantomime
Die Knusperhexe	Märchen in 1 Aufzug.
Colombine	Phänomenaler Musik Akt
„Motto-Raisel“	Derelikt Malier
Zauber-Pantomime	Mysteriöse Marionetten
Peters Traumfahrt	
Hunde-Komödie	ca. 30 dressierte Hunde
2 Grigory	In ihren Originalschöpfungen und Imitationen *JCSJ

ZUM „STORCHEN“
Ludwigshafen am Rhein

Morgen Samstag, 1. Mai Eröffnung des vollständig
neurenovierten der Neuzeit entsprechenden Lokales
Dem Mannheimer Publikum danke ich für das mir während
langer Jahre in so reichem Maße entgegengebrachte
Vertrauen und bitte mir dasselbe auch in meinem neuen Unter-
nehmen bewahren zu wollen. Halte mich bestens empfohlen
Math. Reinbold, früh. Neuer Storch, K 1, 4